

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich möchte hier nur kurz darauf antworten, denn wir kommen beim Thema Haushalt zwangsläufig immer wieder zum gleichen Punkt.

Sie sagen, Herr Dr. Pruin, sie handelten mit Ihrem Tun verantwortungsbewusst und ich glaube Ihnen persönlich, dass Sie dies auch so sehen.

Aber, ich finde verantwortungsvolle Politik sieht so aus, dass man sich gerade nicht sogenannten „Stärkungspakten“, die in Wirklichkeit Kürzungsdiktate sind, unterwirft. Man setzt damit auch ein Stückweit das Selbstverwaltungsprinzip der Kommunen außer Kraft.

Man darf sich nicht völlig absurden Schuldenbremsen unterwerfen, die in irgendwelchen obskuren neoliberalen Thinktanks ausgebrütet worden sind, wie der Bertelsmann Stiftung, der Initiative neue soziale Marktwirtschaft und ähnlichen Einpeitschern.

Man muss doch hier klar sehen, die Probleme, die Gelsenkirchen hat, sind hier in der Kommune nicht zu lösen - das haben Frau Welge und der Oberbürgermeister auch mehrfach in ihren Haushaltsreden betont.

Es ist immer wieder das gleiche Spiel. Neoliberalismus hat ein vorrangiges Ziel, nämlich Bund, Länder und Kommunen wie Gelsenkirchen systematisch zu verarmen. Das ist ja gerade der Sinn der Sache. Das tut man, indem man Steuern für extrem Reiche und Großkonzerne immer weiter senkt oder sie einfach nicht mehr erhebt, obwohl das Grundgesetz etwas anderes vorsieht. Das geht solange, bis es eben in den unteren Bereichen nicht mehr langt, auch hier in Gelsenkirchen nicht.

Daneben wird Steuerbetrug nicht wirksam bekämpft. Da ist auch Deutschland, vertreten durch Herrn Schäuble, immer an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, wirksame Regeln zu verhindern.

Somit haben wir kein Ausgaben- sondern ein massives Einnahmeproblem.

Man sollte also den Bürgern kein X für ein U vormachen und so tun, als fehle Geld. Die Kommune könnte also problemlos auch Bäder, in dem von den Menschen dieser Stadt für erforderlich gehaltenen Umfang bauen oder modernisieren, wenn es im Bund um die Interessen der Menschen ginge, aber es geht offensichtlich bei den restlichen Playern wieder nur darum, sich nicht mit den oberen 10% anzulegen oder sagen wir besser mit dem oberen 1%.

Man sollte dann Sparmaßnahmen nur nicht mit vermeintlichen Sachzwängen begründen. Eine Schuldenbremse setzt zwangsläufig eine Vermögensbremse voraus, anderenfalls führt dies zwangsläufig in die Verarmung der berühmten 99%.

Das war das Ziel der Neocons in den USA. Deren Credo war: Wir machen den Staat so klein, dass er in eine Badewanne passt. Dort sind wir mit diesem Konzept schon 15 Jahre weiter und dort hat gerade „die Abrissbirne jeder Form von

Sozialstaatlichkeit“, so Prof. Dr. Noam Chomsky über Donald Trump, die Präsidentschaft übernommen.

Man verarmt künstlich den Staat auf allen Ebenen bis hinunter zu Kommunen wie Gelsenkirchen, um einen Hebel für Privatisierungen in die Hand zu bekommen.

In einer der letzten Vorlagen hier im Rat konnten wir schon erleben, wie das läuft, nämlich indem man in die Gesetze eine Möglichkeit aufnimmt, Projekte über Public Private Partnerships abzuwickeln. Hier in Deutschland geht das ganze Spiel also jetzt erst richtig los, mit der Bahnprivatisierung, mit der Privatisierung der Autobahnen, der auch die SPD wohl zustimmen wird, entgegen aller gegenteiligen Beteuerungen und der weiteren Privatisierung der Renten durch angebliche „Betriebsrenten“. Das wäre eine der größten Umverteilungskampagnen von unten nach oben und die SPD macht mit.

Das ist nach unserer Lesart keine verantwortungsvolle Politik, das ist eine Politik, die dem Ausverkauf des Staates Vorschub leistet.